



FOCUS vom 05.02.2022, Nr. 6, Seite 36

Politik  
EMISSIONEN

## Biete Geld, suche Öko-Industrie

Es ist eines seiner wichtigsten Vorhaben: Wirtschaftsminister Robert Habeck will Konzerne per Vertrag zu klimaneutraler Produktion verpflichten. Doch kann das funktionieren?



20101221 Credit: Johannes Arlt/laif  
Hamburg, ArcelorMittal Stahlwerk, Wirtschaft, Industrie, Stahlindustrie, Europa, Hamburg Dradenau, 21.12.2010; QF; (Bildtechnik: sRGB, 33.83 MByte vorhanden)

*Im Feuer Wasserstoff soll die Stahlherstellung bei ArcelorMittal in Hamburg grüner machen*



***Im Angriffsmodus Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck äußerte lautstark Kritik an der Vorgängerregierung.  
Jetzt muss er selbst liefern***

Der Weg der deutschen Schwerindustrie in die Klimaneutralität könnte in Hamburg beginnen. In den früheren "Hamburger Stahlwerken" am Hafen stellt ArcelorMittal sogenannten Eisenschwamm für die Stahlproduktion her, und zwar im Vergleich zum Hochofen recht umweltfreundlich mit Erdgas. "Wir sind damit einzigartig in Westeuropa", sagt der Chef des Standortes. Bis 2030 will Arcelor- Mittal das Erdgas durch Wasserstoff aus regenerativen Quellen ersetzt haben. Das soll bei der Produktion von einer Million Tonnen grünem Stahl im Jahr 800 000 Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Auch die Werke in Bremen, Eisenhüttenstadt und Duisburg will der Konzern umstellen. Aus eigener Kraft schaffe er das aber nicht, sagt Vorstandschef Aditya Mittal. "Wir brauchen dafür Unterstützung." Er wird sie höchstwahrscheinlich bekommen. Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck steht bei seinen Wählern im Wort. Er muss unseren kollektiven CO<sub>2</sub>-Fußabdruck verkleinern und der Welt zeigen, wie ökologisches Wirtschaften funktioniert. Bis Ostern will Habeck ein Gesetzespaket vorlegen, in dem unter anderem Regeln für sogenannte Klimaschutzverträge festgeschrieben werden. Konkret ist ein Pilotprogramm geplant, das sich vorrangig an energieintensive Industrien mit hohen Emissionen wendet. Die Bundesregierung möchte mit diesem Instrument ausgewählten Herstellern große Teile des Mehraufwands erstatten, der ihnen durch eine künftige klimaneutrale Produktion entsteht.





*Im Umbau Bald ein Ausgangsstoff für Öko-Chemikalien? Ammoniakanlage von BASF in Ludwigshafen Fotos: Johannes Arlt/laiif, Christian Charisius/dpa, Augenblick*

Geld gegen Wohlverhalten - solche Deals sind schon lange eine Option für Regierungen, die schnelle Ergebnisse brauchen. So alt das Instrument der Subventionen ist, so alt sind aber auch die Zweifel, ob sie wirklich Probleme lösen. Fördertöpfe können schließlich den Wettbewerb verzerren und im schlimmsten Fall zu Investitionsruinen führen. Im weniger schlimmen, aber immer noch ärgerlichen Fall nehmen Unternehmen ein paar Milliarden für Investitionen mit, die für sie über kurz oder lang sowieso unumgänglich gewesen wären.

### Fehler der Vergangenheit vermeiden

Schon einmal wurde in Deutschland mit großem Aufwand ein Ökoproyekt durchgeboxt: Das **Erneuerbare-Energien**-Gesetz, vom damaligen Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) auf den Weg gebracht, bescherte Privatverbrauchern und Unternehmen horrenden Belastungen. Ob es dem Klima wirklich geholfen hat, ist umstritten. Während sich Gutverdiener auf Kosten der Stromkunden Solaranlagen aufs Dach setzen ließen, lag der Ausbau der Netze und Speicherkapazitäten weitgehend brach. Solche Fehler dürfte Robert Habeck um jeden Preis vermeiden wollen. Zurzeit werde viel zwischen dem Ministerium, Unternehmen und Verbänden telefoniert, heißt es. Denn bei Klimaschutzverträgen kommt es auf jedes Detail an. Halbsätze können über hohe Summen und die politische Akzeptanz entscheiden. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die IG Metall unterstützen die Idee der grünen Kontrakte. "**Energieintensive** Unternehmen müssen aktuell hohe finanzielle Risiken eingehen, um klimaneutral zu werden", sagt Jens Burchardt von der Unternehmensberatung Boston Consulting Group, die den BDI zur Treibhausgasneutralität berät. Viele Technologien seien noch nicht erprobt. Deswegen sei es "nicht problematisch", wenn die ersten grünen Gehversuche der Industrie großzügig gefördert würden.

**179 Mio. Tonnen** Kohlendioxid- Äquivalente emittierte die deutsche Industrie im Jahr 2021 in die Atmosphäre

Die wichtigste Denkfabrik, in der Klimaschutzverträge derzeit entworfen werden, ist die "Agora **Energiewende**". Mit aufgebaut hat sie Patrick Graichen, den Robert Habeck zum Staatssekretär machte. Schon im vergangenen Jahr legte die Agora eine Analyse vor, wie die Stahlbranche mit Unterstützung des Staats CO<sub>2</sub>-neutral werden könne. Jetzt folgt ein zweiter, umfassender Aufschlag: In einer 120 Seiten langen Studie der "Agora Industrie", an der auch das Beratungsunternehmen Future-Camp, das Ecologic Institut und das Wuppertal Institut mitgearbeitet haben, beschreiben die Experten, wie Stahlhersteller, Zementindustrie und Ammoniakproduzenten grün werden sollen. Das Papier liegt dem FOCUS exklusiv vor.

Abhängig von den Rahmenbedingungen kämen demnach bis 2030 zwischen **Bedenklich** 10 und 43 Milliarden Euro an im Jahr 204 Kosten auf die Steuerzahler zu. Das ist viel Geld. Jedoch würden damit 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr eingespart, so die Autoren. Das wäre immerhin ein Drittel der Menge, die die Industrie laut Klimaschutzgesetz leisten muss. Für Habeck wäre es der erste große Erfolg im Kampf gegen den Klimawandel.

### Ohne Biozement kein Biohaus

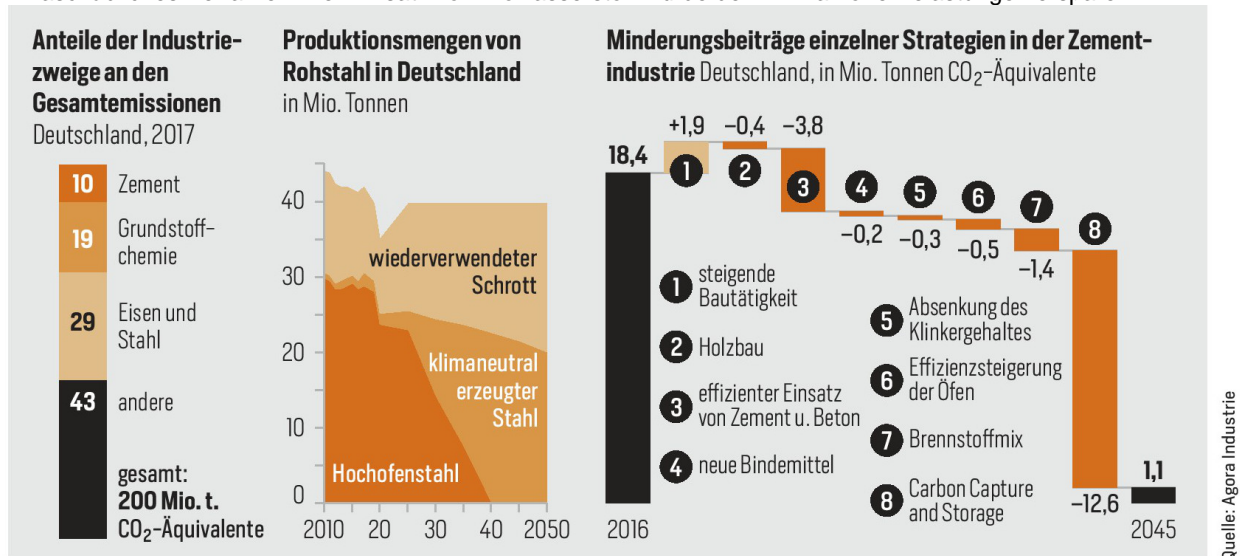
Von dem Staatsgeld profitieren würden laut der Studie allerdings nur gut zwei Dutzend Unternehmen - was für die kleineren Hersteller und Dienstleister hart ist. Sie müssen die Klimawende schließlich auch stemmen. "Die Großindustrie besitzt massives CO<sub>2</sub>-Minderungspotenzial", rechtfertigt Philipp Hauser, Projektleiter der Agora **Energiewende**, seinen Ansatz. Außerdem seien die Grundstoffhersteller eine Art Steigbügelhalter für die verarbeitende Industrie. Solange es keinen grünen Stahl, Zement oder Ammoniak gebe, würden wir vergeblich auf ökologisch hergestellte Autos, Häuser oder Chemikalien warten.



**"Es wäre fatal, wenn wir den europäischen Emissionshandel untergraben würden"** *Veronika Grimm, Wirtschaftswissenschaftlerin*

Die Agora-Experten setzen bei ihren Berechnungen voraus, dass in der Stahlherstellung massiv grüner Wasserstoff genutzt wird. In herkömmlichen Hoch-öfen reagiert Kohle mit dem Sauerstoff in Sauerstoff-Eisen-Verbindungen, wodurch große Mengen an CO<sub>2</sub> entstehen. Übernimmt Wasserstoff die Funktion der Kohle, verbindet er sich mit dem Sauerstoff zu Wasser

anstelle des klimaschädlichen Kohlendioxids. Bei der Produktion von Ammoniak, einem Ausgangsstoff für viele chemische Produkte, ist die Umstellung einfacher. Schon heute kommen in der Synthese große Mengen an Wasserstoff zum Einsatz. Mangels bezahlbarer Alternativen wird er auf dem Weg der sogenannten Dampfreformierung gewonnen, ein äußerst klimaschädliches Verfahren. Der Einsatz von Biowasserstoff würde dem Klima hohe Belastungen ersparen.



**Bedenkliche Gegenwart, grüne Zukunft** Deutsche Grundstoffindustrien können den Wandel bis zur Klimaneutralität im Jahr 2045 schaffen – davon gehen jedenfalls die Fachleute des Thinktanks Agora Energiewende aus

Anders sieht es beim Zement, dem wichtigsten Bestandteil von Beton, aus: Dort funktioniert die Umstellung nicht ganz so einfach. Kohlendioxid, das bei der Produktion entsteht, muss abgeschieden, in geologischen Lagerstätten gespeichert oder weiterverarbeitet werden.

### Kritik von der Wirtschaftsweisen

Eine Garantie, dass Habecks Plan aufgeht und die Wirtschaft auf diese Weise grüner wird, können allerdings auch die Agora-Vordenker nicht geben. Dafür gibt es in der Klimagleichung zu viele Unbekannte. Beispielsweise diese: Schafft es der Wirtschaftsminister tatsächlich, dass sich ab Mitte des Jahrzehnts so viele Windräder in Subventionen Deutschland drehen, dass wir sinnvoll? ausreichend grünen Wasserstoff zur Verfügung haben? Essenziell sind auch Zölle auf Produkte mit hoher CO<sub>2</sub>-Last.



Fotos: Funke Foto Services, Hermann Bredehorst

Sind grüne Subventionen sinnvoll? Schreiben Sie uns an [leserbriefe@focus-magazin.de](mailto:leserbriefe@focus-magazin.de) Was nützt uns eine ökologisch vorbildliche Stahlproduktion, wenn aus China oder der Ukraine günstige, aber klimaschädliche Konkurrenzangebote auf den

Markt kommen? Die EU-Kommission plant zwar einen "Carbon Border Adjustment Mechanism", aber sicher einplanen kann die Ökoschutzzölle heute noch kein Unternehmen. Entscheidend ist auch der Preis der europaweit gehandelten CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte. Sie sind eine wichtige Referenzgröße für Verhandlungen über Ökosubventionen. Je teurer die Emissionsrechte sind, desto größer ist der Anreiz für Unternehmen, auch ohne staatliche Unterstützung in den Klimaschutz zu investieren. Sind sie, wie es lange der Fall war, billig zu haben, muss der Staat viel Geld zahlen, um Manager für die Ökoproduktion zu begeistern. Die Wirtschaftsweise Veronika Grimm sorgt sich wegen des künftigen Nebeneinanders von Klimaschutzverträgen und europäischem Emissionshandel. Es bestehe die Gefahr, sagt sie, "dass Unternehmen mit staatlicher Förderung ihre Emissionen reduzieren und dann die nicht mehr benötigten CO<sub>2</sub>-Zertifikate - zumindest teilweise - auf den Markt kommen". Sinkt durch das zusätzliche Angebot an Zertifikaten auf dem Markt deren Preis, wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß auch für andere Unternehmen günstiger. Das wiederum geht zu - lasten des Klimas - was auch die Agora-Experten nicht wollen. Sie schlagen im Fall der Stahl- und der Ammoniakindustrie deshalb vor, frei werdende Verschmutzungsrechte stillzulegen. Aber kann das funktionieren? "Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Stilllegung von Emissionsrechten nicht so einfach umsetzbar ist", sagt Grimm. Es sei beispielsweise immer noch unklar, ob die Zertifikate, die durch den Kohleausstieg frei werden, wirklich gelöscht werden. "Wenn Hersteller über die Konstruktion des Subventionsmechanismus davon profitieren, dass die Zertifikate billig sind, werden sie gegen höhere CO<sub>2</sub>-Preise Lobbyarbeit betreiben", prophezeit die Wirtschaftsweise. "Es wäre fatal, wenn Deutschland mit Klimaschutzverträgen den europäischen Emissionshandel ausgerechnet jetzt, wo er begonnen hat zu wirken, untergräbt."

### Viel Zeit hat Deutschland nicht

**"Die Ankündigung, Klimaschutzverträge als zentrales Instrument einzusetzen, ist richtig"** *Siegfried Russwurm, BDI-Präsident*



Genau das will Habeck erklärtermaßen nicht. Trotzdem muss er sich auf deutliche Kritik einstellen, wollte er die Klimaschutzverträge exakt so umsetzen, wie sie die Agora **Energiewende** vorschlägt. Gegenwind dürfte er etwa vom Regierungspartner FDP bekommen, der den geplanten Subventionen ohnehin nur ungern zugestimmt hat. Bei den Liberalen ist von Technologieoffenheit die Rede, die es zu wahren gelte, von der Pflicht der Unternehmen, ihre Risiken selbst zu beherrschen. Vor allem wird darauf gepocht, dass die Konzerne Hilfen wenigstens zum Teil zurückzahlen, sobald die Umwelttechniken erfolgreich laufen. So steht es im Koalitionsvertrag - und so plant es Habecks Ministerium auch, allerdings bisher nur "grundsätzlich" und "nach Möglichkeit". Das wichtigste Argument Robert Habecks für die Subventionen ist die knappe Zeit. 2045 soll Deutschland klima - neutral sein, doch Investitionspläne der Industrie erstrecken sich gerne mal über zehn oder zwanzig Jahre. Bis zur Hälfte der Anlagen der Grundstoffindustrie müssten bis 2030 erneuert werden, heißt es. Investierten die Konzerne heute aus Unsicherheit über künftige Gesetze erneut in konventionelle Technologien, werde es zu spät für den Klimaschutz, fürchten die Agora-Experten. Man müsse schnell handeln, sagt Philipp Hauser, "damit der Industriestandort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt und Arbeitsplätze erhalten werden." Ähnlich sieht es Jens Burchardt von Boston Consulting. "Stand heute sind die Kosten von in Deutschland produziertem grünem Stahl, Ammoniak und Zement erheblich teurer als konventionell hergestellte Alternativen aus dem Ausland - und die Nachfrage ist sehr unsicher." Vielleicht wäre es ja auch naiv zu erwarten, dass die Klimawende umgesetzt werden kann, ohne dass es zwischen den Entscheidungsträgern knirscht. Deutschlands Weg in eine grüne Zukunft mag gelingen - einfach und einvernehmlich wird er mit Sicherheit nicht. n

TEXT VON SUSANNE STEPHAN



**Bildunterschrift:**

Im Feuer Wasserstoff soll die Stahlherstellung bei ArcelorMittal in Hamburg grüner machen

Im Angriffsmodus Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck äußerte lautstark Kritik an der Vorgängerregierung. Jetzt muss er selbst liefern

Im Umbau Bald ein Ausgangsstoff für Öko-Chemikalien? Ammoniakanlage von BASF in Ludwigshafen

Fotos: Johannes Arlt/laif, Christian Charisius/dpa, Augenblick

Fotos: Funke Foto Services, Hermann Bredehorst

<b>Quelle:</b>	FOCUS vom 05.02.2022, Nr. 6, Seite 36
----------------	---------------------------------------


<b>Rubrik:</b>	Politik
----------------	---------

<b>Dokumentnummer:</b>	foc-05022022-article_36-1
------------------------	---------------------------

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/FOCU\\_02e3f255b5067de246d10eb52ee7aebd898f4038](https://www.wiso-net.de/document/FOCU_02e3f255b5067de246d10eb52ee7aebd898f4038)

Alle Rechte vorbehalten: (c) FOCUS Magazin-Verlag GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH